



Starke Volksschule St. Gallen

kontakt@starkevolksschulesg.ch

www.starkeVolksschuleSG.ch

Medienspiegel Kalenderwoche 19 / 2015

- Tages-Anzeiger, 03.05.2015
In jedem zweiten Kanton wollen Kritiker den Lehrplan bodigen
Die Gegner des Lehrplans 21 bereiten sich auf Abstimmungen in den Kantonen vor.
- Tages-Anzeiger, 5. Mai 2015
Und wo bleibt der kompetente Unterricht?
- Tagblatt, 5. Mai 2015
Zivildienst beschäftigt den Nationalrat
- Tagblatt, 6. Mai 2015
Lehrer gegen Freifach Französisch
- Tagblatt, 7. Mai 2015
Initiative gegen Harnos steht
- Tagblatt, 7. Mai 2015
Verein «Starke Volksschule»: Fitzi gibt Präsidium ab
- Tages-Anzeiger, 7. Mai 2015
Die Grenzen der Integration
- Tagblatt 8. Mai 2015
Volksschul-Initiative ist ungütig
- Schule Schweiz, 9. Mai 2015
Verfassungsbeschwerde eingereicht
- NZZ am Sonntag, 10.5.2015
Kinder mit Burnout – 9-jährig, ausgebrannt

Sind Sie schon Mitglied in unserem Verein? Anmeldung unter: info@starkevolksschulesg.ch

Unterstützen Sie unsere Bemühungen mit einem finanziellen Beitrag auf

PC-Konto 61-562879-4 (IBAN: CH 48 0900 0000 6156 2879 4)

Für unsere Kinder - besten Dank

In jedem zweiten Kanton wollen Kritiker den Lehrplan bodigen

Die Gegner des Lehrplans 21 bereiten sich auf Abstimmungen in den Kantonen vor.



Zu hohe Ansprüche an die Kleinen? Die Kritik am Lehrplan 21 ist vielfältig. Foto: Keystone

Es ist das aufwendigste Bildungsprojekt der Schweiz. Fast acht Jahre lang haben rund 200 Fachleute am Lehrplan 21 gearbeitet. Endlich sollen alle Schulkinder der Deutschschweiz nach den gleichen Lernzielen unterrichtet werden. Seit ein paar Wochen liegt die druckfertige Version des 470-seitigen Werks vor; viele Kantone haben mit der Umsetzung und Anpassung an ihre Bedürfnisse begonnen. Die öffentliche Debatte scheint zu Ende. Doch tatsächlich hat die Auseinandersetzung um den Lehrplan 21 noch gar nicht richtig angefangen.

Recherchen zeigen: In der Hälfte aller Deutschschweizer Kantone wollen die Gegner die Einführung verhindern. Sie haben sich in mindestens zehn Kantonen zusammengeschlossen. Unter ihnen sind Politiker, aber auch parteilose Lehrer und Eltern. Ihre Kritik am Lehrplan ist vielfältig. Manche stören sich am Umfang oder an einzelnen Kapiteln wie etwa den Lernzielen zur Nachhaltigkeit. Andere kritisieren die aus ihrer Sicht zu hohen Ansprüche oder die Sammelfächer wie «Räume, Zeiten, Gesellschaften».

Vorstösse und Initiativen

Kürzlich trafen sich Lehrplankritiker aus der Deutschschweiz in Zürich. Eingeladen hatte SVP-Politiker Ulrich Schlüer. Es sei ein Bedürfnis der Lehrplangeegner, sich auszutauschen, sagt der Präsident der SVP-Bildungskommission. Nun gehe es darum, zu schauen, ob man sich gegenseitig unterstützen könne.

Am weitesten sind die Lehrplankritiker im Aargau und in Schwyz. Dort wird das Stimmvolk entscheiden – entsprechende Volksinitiativen sind zustande gekommen. In St. Gallen und Baselland wird auch abgestimmt, allerdings geht es dort zuerst um einen Austritt aus dem Schulharmonisierungskonkordat Harnos. In beiden Kantonen ist es das Ziel der Initianten, den Lehrplan 21 zu verhindern. In Solothurn sammelt ein Komitee Unterschriften; in Zürich und in Graubünden wurden Anti-Lehrplan-Initiativen zur Vorprüfung eingereicht. In Schaffhausen und Luzern wollen Kantonsparlamentarier mit Vorstössen erreichen, dass die Kantonsparlamente über die Einführung entscheiden können.

Schule, wohin?

«Gelingt uns dies nicht, lancieren wir eine Volksinitiative», sagt der Schaffhauser SVP-Kantonsrat Mariano Fioretti. Im Kanton Thurgau lädt die Interessengruppe «für eine gute Thurgauer Volksschule» Mitte Mai zu einer Medienkonferenz. Gut informierte Quellen rechnen auch dort mit einer Initiative. Unter dem Namen «Gute Schule Zug» bildet sich in einem weiteren Kanton ein überparteiliches Komitee.

Der **Lehrplan 21** ist nicht die einzige Herausforderung der Volksschule. Auch der Fremdsprachenunterricht oder die Integration von Sonderschülern werden kontrovers diskutiert. Der Spardruck verschärft in vielen Kantonen die Debatten.

Tagesanzeiger.ch/Newsnet beleuchtet während des Monats Mai die grössten Baustellen. Die Serie **Schulewohin** startet am Montag mit einem Beitrag über den Lehrplan.

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/In-jedem-zweiten-Kanton-wollen-Kritiker-den-Lehrplan-bodigen/story/31925802>

Und wo bleibt der kompetente Unterricht?

*Ein Gastbeitrag von Patrick Hersiczky**

Als Lehrer werde ich regelmässig beurteilt. Im Rahmen dieser **Mitarbeiterbeurteilung** (MAB) gibt es Gespräche und Unterrichtsbesuche. Bei der Abschlussitzung meiner letzten MAB sagte man mir: «Sie unterrichten sehr kompetenzorientiert, so wie das der neue Lehrplan 21 vorschreibt.» Ich war überrascht und fiel zugleich in eine temporäre Entscheidungskrise. Ich überlegte: Ist das nun gut? Dem Tonfall der beurteilenden Fachperson nach, ja. Doch es plagten mich auch Zweifel: Viele meiner Berufskollegen sind gegen diesen neuen Lehrplan 21, der sich nicht mehr für Faktenwissen, sondern für sogenannte Kompetenzen interessiert. Was das bedeutet, zeigt ein Beispiel aus dem Bereich Geschichte. Zu einem Lernziel gehört etwa Folgendes:

«Die Schüler können die **Geschichte von ausgewählten Institutionen und Menschen erzählen**, die sich im 20. und 21. Jahrhundert für Freiheit, Frieden, Wohlstand, Gerechtigkeit oder nachhaltige Entwicklung einsetzten (Bertha von Suttner, Martin Luther King, Mutter Theresa, Nelson Mandela, Mahatma Gandhi).»

Das klingt gewiss spannend. Mich hat der unerschrockene Freiheitskämpfer Nelson Mandela schon immer fasziniert. Und Mutter Theresa war so etwas wie die Barmherzige aller, die das Elend der Armut beklagten. Doch ob dies für meine Schüler ebenso interessant ist, bezweifle ich. Ehrlich gefragt: Wissen Sie, wer Bertha von Suttner ist?

Der Lehrplan 21 setzt zu viel Wissen voraus und ist zu komplex in der Umsetzung, weil er zu wenig konkret in den Anforderungen des Schulwissens ist. Das heisst: Schüler müssen Kompetenzen erlangen, wie man Wissen aneignet. Der eigentliche Inhalt tritt dabei in den Hintergrund. Doch um Inhalte geht es im täglichen Unterricht.

Kürzlich habe ich im Geschichtsunterricht die DDR behandelt. Dabei war ich froh, wenn die Schüler nur schon zwischen Osten und Westen unterscheiden konnten und nicht als Prüfungsantworten notierten, dass beim Bau der Berliner Mauer die Menschen von Westen nach Osten geflohen sind. In solchen Situationen weiss ich nie: **Nimmt man mich aufs Korn oder liegt es an meinem Unterricht?** Dabei habe ich dieses Mal auf den Film «Good Bye, Lenin» verzichtet, in welchem Sohn Alex seine Mutter, die wegen eines Schlaganfalls den Mauerfall verpasst hat, mit einer Notlüge nicht in Aufregung versetzen will: «Bürger der BRD fliehen vor dem kapitalistischen Konkurrenzkampf in die DDR.»

Aber bitte: Ich möchte mich nicht über meine Schüler lustig machen. Im gleichen Alter fragte ich meinen damaligen Lehrer, wie das mit West-Berlin sei. Er antwortete mir, dass diese Stadt wie eine Insel sei, wobei er es ziemlich treffend erklärt hatte. Nur hat er wohl nicht berücksichtigt, dass ich mir in meiner kindlichen Naivität etwas anderes unter dem Begriff Insel vorgestellt habe. Das Label «Made in Western Germany» faszinierte mich deshalb immer besonders, weil ich mir vorstellte, dass diese Ware aus Übersee stammen musste.

Man kann den Schülern nicht vorwerfen, wenn sie 25 Jahre nach dem Mauerfall nicht mehr genau wissen, wo die Kommunisten geherrscht haben und wer der Letzte war, der das Licht im Palast der Republik löschte. Wenn man heute die von Helmut Kohl beschworenen blühenden

Landschaften im Osten besucht und diese mit dem Ruhrgebiet im Westen vergleicht, kann man schnell die DDR mit der BRD verwechseln.

Für manche Schüler ist es deshalb immer noch besser, wenn sie wissen, dass die Berliner Mauer 28 Jahre lang eine unüberwindbare Grenze gewesen ist. Und dass Menschen an dieser Mauer gestorben sind, weil sie nur eines wollten: Freiheit. Solche Fragen interessieren meine Schüler, und sie sind neugierig, wollen wissen, wie das war, in einem totalitären Staat zu leben. Das sind die erhellenden Momente, die mir bestätigen: Darum bist du Lehrer geworden!

Aber wie will ich das in einer Prüfung objektiv beurteilen? Manchmal ist es einfacher, wenn man fragt: «Wie lange hat die Berliner Mauer Ost und West getrennt?» Oder: Welche Länder haben Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg besetzt? Hierauf können meine Schüler **klare Antworten** geben und ich **Punkte, wenn es korrekt ist**. Aber ob das auch einen kompetenten Unterricht bedeutet?

**Patrick Hersiczky ist Sekundarlehrer und nebenberuflich freier Journalist bei der «Aargauer Zeitung». Er ist Vater zweier Kinder (13 und 15) und lebt in Baden.*

<http://blog.tagesanzeiger.ch/mamablog/index.php/41253/und-wo-bleibt-der-kompetente-unterricht/>

Zivildienst beschäftigt den Nationalrat

Der Zivildienst ist am Dienstagnachmittag Thema im Nationalrat. Zur Debatte steht, ob Zivildienstleistende künftig auch in Schulen eingesetzt werden sollen - eine umstrittene Idee.

Weil sich seit der Abschaffung der Gewissensprüfung mehr junge Männer für den Zivildienst entscheiden, mangelt es zunehmend an Einsatzplätzen. In den heutigen Tätigkeitsbereichen kann der Bedarf laut dem Bundesrat nicht gedeckt werden.

Deshalb sollen Einsätze neu auch in der Spitex, der Alpwirtschaft und an Schulen möglich sein. Umstritten ist insbesondere der Einsatz an Schulen. Während sich in der Vernehmlassung die meisten Kantone dafür aussprachen, zeigten sich die bürgerlichen Parteien skeptisch. In der vorbereitenden Nationalratskommission obsiegten die Gegner mit 15 zu 10 Stimmen.

Kein Ersatz für Lehrerinnen und Lehrer

Befürchtet wird, dass die Massnahme dazu dienen soll, den Lehrermangel zu beheben. Der Bundesrat stellt dies in Abrede: Zivildienstleistende dürften die Verantwortung für den Unterricht nicht übernehmen und würden somit keine Lehrkräfte ersetzen, betont er.

Eingesetzt würden die Zivis als Assistenten im Unterricht, in Lagern, in der Pausenaufsicht, in der Aufgabenhilfe, am Mittagstisch oder im Hausdienst. Für die Einsätze an Schulen würde ein neuer Tätigkeitsbereich geschaffen, Einsätze in der Spitex und der Alpwirtschaft sollen dagegen bisherigen Tätigkeitsbereichen zugeordnet werden.

An neue Agrarpolitik angepasst

Landwirtschaftseinsätze will der Bundesrat indes generell neu regeln. Heute dürfen nur unterstützungsbedürftige Betriebe Zivis einsetzen. Dieses Kriterium soll wegfallen und durch jene Kriterien ersetzt werden, die gemäss der neuen Agrarpolitik zu Direktzahlungen berechtigen.

Zivildienstleistende kämen damit in Projekten und Programmen zum Einsatz, für welche der Betrieb Biodiversitäts-, Kulturlandschafts- oder Landschaftsqualitätsbeiträge erhält. Auch Betrieben mit Investitionshilfen für Strukturverbesserungen könnten auf solche Hilfe zurückgreifen.

Obligatorische Kurse für alle Einsätze

Mit der Gesetzesänderung will der Bundesrat aber nicht nur die Einsatzmöglichkeiten erweitern und so mehr Plätze schaffen. Ein weiteres Ziel ist es, die Zivis für ihre Einsätze besser auszubilden, wie das Parlament es gefordert hatte. Kursbesuche sollen künftig für alle Arten von Einsätzen obligatorisch sein. Bisher galt dies nur für Zivildienstleistende in der Pflege.

Neu sollen Interessierte das Gesuch für den Zivildienst ausserdem erst nach der Rekrutierung einreichen dürfen und bereits vor der Zulassung eine eintägige Einführung besuchen müssen. Auch dieser Punkt wird im Nationalrat zu reden geben.

Nicht gerüttelt hat der Bundesrat am Grundprinzip: Der Zivildienst soll weiterhin anderthalb Mal so lange dauern wie der Militärdienst. Zugelassen wird nur, wer den Militärdienst nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann. (sda)

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/schweiz/schweiz-sda/Zivildienst-beschaefigt-den-Nationalrat;art253650,4214513>

Tagblatt, 6. Mai 2015

Kanton Thurgau

Lehrer gegen Freifach Französisch

Ob der Französischunterricht in der Primarschule künftig noch als Freifach angeboten werden soll, ist umstritten.

Nach der Abschaffung des obligatorischen Frühfranzösisch sollen Primarschüler die zweite Landessprache als Freifach lernen können – diese Idee prüft das Erziehungsdepartement zurzeit. Die Lehrerinnen und Lehrer halten das für keine gute Idee.

CHRISTOF WIDMER

FRAUENFELD. Nach den Sommerferien 2017 müssen Thurgauer Fünftklässler kein Französisch mehr lernen. Ganz verschwinden soll die zweite Landessprache an der Thurgauer Primarschule aber doch nicht. Das Erziehungsdepartement prüft, ob Französisch für Fünft- und Sechstklässler als Freifach angeboten werden soll. Sprachbegabte Kinder könnten somit weiterhin in der Primarschule spielerisch in Kontakt mit der französischen Sprache kommen.

Die Freifach-Idee stösst in der Lehrerschaft auf Widerstand. So hat kürzlich eine Umfrage der Konferenz der Sekundarlehrerinnen und -lehrer eine klare Ablehnung ergeben. Sie warnen davor, dass der Besuch oder Nichtbesuch des Freifachs in der Primarschule vorspur, in welches Stärke-Niveau ein Schüler in der Sekundarschule eingeteilt wird. «Wer Französisch als Freifach an der Primarschule hatte, wird in der Sekundarschule in das höhere Niveau einsteigen», sagt Lukas Dischler, Präsident der Sekundarlehrerkonferenz. In welches Niveau ein Schüler in der Sekundarschule eingeteilt ist, entscheidet zum Beispiel, ob er für die Kantonsschule empfohlen wird oder nicht.

Viertklässler unter Druck

«Mit dem Freifach würde sich der Selektionsdruck auf die vierte Klasse verlagern», sagt Dischler. Die Viertklässler müssten entscheiden, ob Französisch für ihre Karriere wichtig ist. Zwar sei es möglich, dass ein Jugendlicher während der Sekundarschule von einem tieferen in ein höheres Niveau umgeteilt wird, sagt Dischler. «Aber je länger der Zug fährt, desto grösser die Gefahr, dass der Anschluss verlorenght.»

Dischler ist überzeugt, dass trotz Abschaffung des Frühfranzösisch die Jugendlichen nach dem neunten Schuljahr gleich gut Französisch sprechen werden wie heute. Voraussetzung dafür sei, dass der Französischunterricht in der Sekundarschule intensiviert wird.

Sorge um Chancengleichheit

Ebenfalls deutliche Vorbehalte gegen ein Freifach Französisch ab der fünften Klasse äussert Sabina Stöckli. Auch die Präsidentin der Mittelstufenkonferenz warnt vor einem zu frühen Selektionsdruck. «Ob ein Kind das Freifach nimmt, wird nicht vor allem von seinen Begabungen abhängen, sondern vom Druck der Eltern», sagt sie. Eltern, die ihren Kindern den Weg an die

Kantonsschule oder in eine anspruchsvollere Berufslehre offenhalten wollen, würden ihre Kinder ins Freifach Französisch schicken. Eltern, denen die Tragweite des Entscheids zu wenig bewusst sei, könnten das verpassen. «Das würde die Chancengleichheit der Kinder gefährden», sagt Stöckli.

Die Primarlehrerin an der Schule Donzhausen weist noch auf ein anderes Problem hin. Wenn alle Fünft- und Sechstklässler die Chance haben sollen, das Freifach Französisch zu besuchen, müssten es auch alle Primarschulen anbieten. «Dafür müssten dann aber auch die Mittel gesprochen werden.»

Stöckli sieht die Gefahr, dass Schulgemeinden mit mehreren Schulhäusern das Freifach an einem Standort konzentrieren. Weil die Schüler hin- und hergefahren werden müssten, wäre diese Lösung aufwendig. Zudem würde das Freifach aus stundenplantechnischen Gründen auf die späteren Nachmittagslektionen angesetzt. «Das wäre aber die Zeit, in welcher die Kinder sinnvollerweise im Freien spielen.»

Knill erwartet Kreativität

Erziehungsdirektorin Monika Knill weiss von der Kritik. «Ich will aber eine Gesamtauslegung über die Vor- und Nachteile eines Freifachs Frühfranzösisch.» Eine Arbeitsgruppe hat den Auftrag, diese Idee zu prüfen. Das gehöre zur Umsetzung der letztes Jahr vom Grosse Rat gutgeheissenen Motion zur Abschaffung des Frühfranzösisch-Obligatoriums. Knill erwartet von der Arbeitsgruppe kreative Überlegungen.

Zur Gesamtschau gehören für die Regierungsrätin durchaus auch die Überlegungen, wie sie die Lehrerinnen und Lehrer formulieren. Die Idee lasse sich aber auch unter anderen Blickwinkeln betrachten – etwa der Begabtenförderung oder der Lehrerausbildung im Thurgau. Erst wenn die Vorschläge auf dem Tisch liegen, soll entschieden werden, ob es ein Freifach gibt oder nicht.

<https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kantonthurgau/tz-tg/Lehrer-gegen-Freifach-Franzoesisch;art123841,4214917>

Tagblatt, 7. Mai 2015

Ostschweiz

Initiative gegen Harnos steht

ST. GALLEN. Wie der Verein «Starke Volksschule St. Gallen» mitteilt, ist die Volksinitiative «Ja zum Ausstieg aus dem Harnos-Konkordat» zustande gekommen. Der Verein sieht sich in seinen Bemühungen gegen den Lehrplan 21 bestätigt. Innert der geforderten Sammelfrist seien 6974 gültige Unterschriften zusammengekommen, wie es in einer Medienmitteilung des Vereins heisst. Nötig waren 4000 Unterschriften. «Wir weisen darauf hin, dass dies lediglich der erste Schritt auf unserem Weg zu einer Volksschule ohne Lehrplan 21 ist», heisst es. Der Verein hofft nun, dass das Erziehungsdepartement die Arbeiten zur Einführung des Lehrplans 21 bis zur Abstimmung einstellt.

Die zweite geplante Initiative des Vereins ist nach der Ungültig-Erklärung noch immer beim Verwaltungsgericht hängig. Die Regierung begründete, dass mit der Mitgliedschaft im Harnos-Konkordat eine Initiative für einen «klaren und verständlichen Lehrplan» ungültig sei, da eine Einflussnahme auf das Volksschulgesetz nicht möglich sei. Der Verein sei überzeugt, dass ein Konkordat nicht als übergeordnetes Recht akzeptiert werden kann, schreibt er. (pd/rr)

<https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/werdenberg/wo-lo/Initiative-gegen-Harnos-steht;art395293,4216326>

Tagblatt, 7. Mai 2015

Ostschweiz

Verein «Starke Volksschule»: Fitzi gibt Präsidium ab

THAL. Rücktritt bei den Lehrplan-21-Gegnern im Kanton St. Gallen: Ende April ist Michael Fitzi als Präsident des Vereins «Starke Volksschule», zurückgetreten – «mit schwerem Herzen», wie er im Demissionsschreiben an die Mitglieder betont. Der 44jährige Energietechniker leitete den Verein seit Frühling 2014: «Aus einer kleinen Interessengemeinschaft wurde ein Verein, welcher grosses Potenzial hat und zukünftig in der Schulpolitik vieles bewirken wird.» Entsprechend gross ist Fitzis Freude über die erfolgreich eingereichte HarmoS-Austritts-Initiative. Nun gehe es mit dieser «in einen harten und zeitintensiven Abstimmungskampf», für den er aus beruflicher Sicht aber «nicht genügend Ressourcen» habe. Trotz dieser Begründung kam in den letzten Wochen die Frage auf, ob Fitzi denn – als Vizepräsident des Schulrates – stattdessen von seinem «Starke Volksschule»-Mitstreiter Heinz Herzog das Präsidium der Schule Thal übernehmen wolle. Eine für einige Lehrerinnen und Lehrer «unmögliche Vorstellung». Am Dienstag an der Informationsveranstaltung der Schule wurde die Frage vorläufig beantwortet: Nach Herzogs Rücktrittsankündigung übernimmt ab 1. August ad interim Schulrätin Miriam Salvisberg (CVP) das Präsidium. Vizepräsident Fitzi, nach seinem Protestabschied von der CVP im März in die SVP eingetreten, soll aber «mit einigen zeitintensiven Aufgaben betraut werden», hiess es. Sie wolle die Situation im Schulrat beruhigen, sagte die 43jährige Salvisberg. «Wir werden die Kritik beherzigen.» (mel)

<https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Verein-Starke-Volksschule-Fitzi-gibt-Praesidium-ab;art120094,4215975>

Die Grenzen der Integration

Ein Drittel der Klasse besteht aus ehemaligen Sonder- und Kleinklassenschülern, die anderen zwei Drittel aus lernschwachen Kindern. Ein Fallbeispiel zeigt, wo die schulische Integration kompliziert wird.

Nikolai* versteht nicht. Zum dritten Mal fordert ihn die Lehrerin auf, den Zettel mit den besuchten Berufswahlkursen abzugeben. Bloss: Welchen Zettel? Und welche Kurse? Die Lehrerin ruft ihn nach vorne und erklärt ihm, worum es geht. Sie merkt, dass sich Nikolai weder an den Zettel noch an das gesamte Berufswahlthema erinnert. Während des Gesprächs rumort es im Klassenzimmer. Die zweite Lehrerin sammelt die Hausaufgaben ein. Hinter ihrem Rücken wird über Pulte hinweg geredet, geschubst und geboxt; Gegenstände fliegen, und laute Flüche fallen. Drei Viertel der Schüler haben die Hausaufgaben nicht gemacht. Blerim* wird ausfallend, steht auf, schlägt seinen Banknachbarn. Die erste Viertelstunde der Deutschlektion ist bereits vorbei, doch statt über Kommaregeln zu sprechen, hat die Klasse nur über Disziplin geredet. Alltag in dieser Sek-C-Klasse in einer Schweizer Agglomerationsgemeinde, wie die beiden Lehrerinnen später sagen werden.

Kein geordneter Unterricht

Nikolai und Blerim sind zwei von sieben Schülern im Schulzimmer, die zuvor eine Kleinklasse oder eine Sonderschule besuchten. Nun werden sie in der Regelklasse unterrichtet. So sieht es das schweizweit verbreitete Konzept der «schulischen Integration» vor, das die Gemeinde vor zwei Jahren eingeführt hat. Dabei sollen möglichst alle Kinder – auch jene mit besonderem Förderbedarf – gemeinsam geschult werden. Wegen der Mehrbelastung stehen den Lehrern lektionenweise Heilpädagogen zur Seite. «Seither komme ich mir manchmal vor wie in einem Zirkus, aber statt der Direktorin bin ich die Löwenbändigerin. An einen geordneten Unterricht ist nicht mehr zu denken», sagt Klassenlehrerin Yvonne Koller*, eine Pädagogin mit jahrzehntelanger Erfahrung. Eine solch prekäre Situation habe sie noch nie erlebt. Aus Angst vor der Reaktion der Schulleitung will sie anonym bleiben.

Die Sonderschüler in die Regelklassen zu integrieren, ist ein politischer Auftrag. Das Behindertengleichstellungsgesetz sowie vielerorts auch die Volksschulgesetze verpflichten die Kantone dazu. Mehr integrativer Unterricht, deutlich weniger Separation in Sonderschulen und Kleinklassen, lautet die Vorgabe. In diesem Prozess sind die Kantone unterschiedlich weit fortgeschritten. Um überall ein vergleichbares Angebot für Kinder mit (Lern-)Behinderungen zu gewährleisten, trat 2011 ein Sonderpädagogikkonkordat in Kraft. Bislang sind 16 Kantone beigetreten, darunter auch Zürich.

Die sieben ehemaligen Kleinklassen- und Sonderschüler in Kollers Klasse haben beispielsweise geistige Behinderungen (wie Nikolai), Verhaltensstörungen (wie Blerim), Aufmerksamkeitsdefizite oder leiden unter Legasthenie. Die anderen zwei Drittel ihrer Sek-C-Klasse seien lernschwach – und ausnahmslos alle Schüler entstammten schwierigen familiären Verhältnissen, so Koller. Für diese herausfordernde Klassenkonstellation fehle ihr die Unterstützung. Flavia Meier*, die zweite Lehrerin im Klassenzimmer, ist nur während fünf Lektionen pro Woche anwesend – und gar nicht als Förderlehrerin ausgebildet. Weil es nicht ausreichend Heilpädagogen gibt, springen Fachlehrer in die Lücke.

Beide Lehrerinnen betonen, motiviert für den integrativen Unterricht zu sein. Aber: «In jeder Lektion spüren wir die Grenzen des Konzepts. Wir werden weder den Kindern mit besonderen Förderbedürfnissen noch den regulären Schülern gerecht.» In ihrer Gemeinde sei das C-Niveau, die schwächste Leistungsstufe der Sek, ohnehin schon überdurchschnittlich tief, und die sozialen Probleme in den Klassen seien gross. Mit der schulischen Integration habe sich die Situation «drastisch verschärft». «Man kann doch dieses System nicht beliebig über jede Gemeinde stülpen – unabhängig davon, wie die Voraussetzungen der Schüler dort sind», finden sie.

«Eine unkoordinierte Baustelle»

Für Jürg Brühlmann vom Lehrerdachverband ist dieser Fall ein klassisches Beispiel für die grundlegenden Probleme mit der schulischen Integration. «Sie ist schweizweit eine grosse, unkoordinierte Baustelle. Die Umsetzungsunterschiede zwischen den Kantonen und Gemeinden sind enorm. Viele **Schulen** sind mit dem Tempo schlichtweg überfordert. Es ist dilettantisch, die Probleme in die einzelnen Schulzimmer zu verschieben.» Eine derart grosse Reform funktioniert nicht auf Knopfdruck – umso mehr, als sie in den Kantonen mit Sparmassnahmen einhergeht. «Statt Budgets zu kürzen, müsste in Weiterbildung, in die lokale Entwicklung von Integrationsmodellen und in den überregionalen Erfahrungsaustausch investiert werden», sagt Brühlmann.

Experten sind sich einig: Wenn viele ehemalige Sonderschüler auf eine leistungsschwache Klasse treffen, können sich die Integrationsprobleme verschärfen. Beatrice Kronenberg, Direktorin der Stiftung Schweizer Zentrum für Heil- und Sonderpädagogik, betont, dass die Tragfähigkeit der Regelklasse eine entscheidende Rolle für das Gelingen der Integration spiele. Trotzdem warnt sie davor, in sozial belasteten Gemeinden davon abzusehen: Migrantenkinder aus sozioökonomisch schwierigen Verhältnissen seien in den Sonderschulen ohnehin schon überrepräsentiert – «nicht weil sie behindert, sondern weil sie sozial benachteiligt sind».

Die kritischen Stimmen aus der Lehrerschaft finden bei Christoph Eymann, Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz, Gehör. Auch er sagt: «Die schulische Integration ist heute eine der grössten Herausforderungen der Volksschule; die Lehrer leisten sehr gute Arbeit.» Eymann ist der Meinung, dass gewisse Schwierigkeiten bestehen bleiben werden. «Die Schule versagt aber nicht, wenn die Integration nicht in jedem Fall klappt. Wir dürfen nicht den Anspruch haben, alle Schüler gleich weit zu bringen. Die Sonderbeschulung muss weiterhin möglich sein.» Vielleicht werde sich in einem Jahrzehnt ein neues System etablieren, wie besonders förderbedürftige Schüler unterrichtet werden – aber bis dahin führe kein Weg an der integrativen Schule vorbei.

Diese Flexibilität in der Umsetzung des neuen Konzepts wünschten sich die betroffenen Lehrerinnen Koller und Meier auch in ihrer Gemeinde. «Doch bei uns wird trotz offensichtlicher Mängel nicht mehr daran gerüttelt. Das ist frustrierend.»

** Namen geändert*

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Die-Grenzen-der-Integration/story/22100265>

Weitere Artikel: unter Tagesanzeiger: [Schulewohin](#)

Volksschul-Initiative ist ungültig

Die Initiative «Für die Volksschule» widerspricht übergeordnetem Recht. Zu diesem Schluss kommt das St. Galler Verwaltungsgericht – und weist die Beschwerde des Vereins «Starke Volksschule» ab.

ST. GALLEN. Der Verein «Starke Volksschule» hat dieser Tage Bescheid vom St. Galler Verwaltungsgericht erhalten – abschlägigen. Das Gericht kommt zum Schluss, die Initiative «Für die Volksschule» – der Verein hatte sie parallel zur HarmoS-Initiative lancieren wollen – ist nicht zulässig. Sie verstosse gegen «übergeordnetes Recht», stellt das Verwaltungsgericht fest und schützt damit einen Entscheid der St. Galler Regierung. Diese hatte die Initiative im Herbst als unzulässig taxiert. Dagegen hatte der Verein «Starke Volksschule» Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben – erfolglos, wie nun feststeht.

Ob der Verein den Entscheid akzeptiert, ist noch offen. Alt Präsident Michael Fitzi – er trat vergangene Woche als Präsident zurück – sagt auf Anfrage, die Initianten hätten den mehrseitigen Entscheid zur Kenntnis genommen. Sie würden die Begründung genau analysieren und allfällige weitere Schritte prüfen.

Gegen Lehrplan 21

Die Ablehnung der Beschwerde trifft den Verein in einem Kernanliegen. Er wehrt sich vehement gegen die Einführung des Lehrplans 21 und will auf der Primarstufe Unterricht in höchstens einer Fremdsprache zulassen. Dieses Anliegen hätte er gerne gesetzlich fixiert. Doch das widerspricht dem HarmoS-Konkordat, dem der Kanton St. Gallen angehört; das Stimmvolk hatte den Beitritt im Winter 2008 gutgeheissen. Heute wird im Kanton St. Gallen ab der dritten Klasse Englisch und ab der fünften Klasse zusätzlich Französisch unterrichtet.

HarmoS ist erst die halbe Miete

Das Verwaltungsgericht hält denn auch fest: Die Initiative «Für die Volksschule» verstosse in ihrem zentralen Anliegen – höchstens eine Fremdsprache auf Primarschulstufe – sowohl gegen Bundesverfassungsrecht als auch gegen das für den Kanton St. Gallen verbindliche HarmoS-Konkordat.

Um sein Ziel zu erreichen, muss der Verein also den «Umweg über HarmoS» einschlagen. Da ist er gut unterwegs: Seine HarmoS-Initiative – sie fordert den Austritt St. Gallens aus dem Konkordat – ist zustande gekommen. Doch selbst wenn er eine Volksmehrheit für sein Anliegen gewinnt, ist die Regierung frei, künftig einen Lehrplan mit zwei Fremdsprachen umzusetzen – und der Verein hätte sein zentrales Ziel verfehlt. Der Entscheid des Verwaltungsgerichts ist noch nicht rechtskräftig.

<https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/kantonstgallen/tb-sg/Volksschul-Initiative-ist-ungueltig;art122380,4217284>

Tagblatt, 8. Mai 2015

<https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/kantonstgallen/tb-sg/Paediatricvortrag-Schule-und-Leistungsdruck;art122380,4217267>



Pädiatrievortrag: Schule und Leistungsdruck

ST. GALLEN. Mit ihrer Vortragsreihe «Schule und Pädiatrie» wollen die Ostschweizer Kinderärzte und das Kinderspital St. Gallen der Frage nachgehen, welche Folgen der Lehrplan 21 eigentlich für unsere Kinder haben könnte.

Verfassungsbeschwerde eingereicht

Nach dem skandalösen [Entscheid des Bündner Grossen Rats, der die Fremdsprachen-Initiative für ungültig erklärte](#), kämpft das Initiativkomitee nun mit rechtlichen Mitteln gegen diesen Entscheid. (uk)

Medienmitteilung Komitee Fremdspracheninitiative GR, 8.5.

In seiner Sitzung vom 20. April 2015 erklärte der Grosse Rat des Kantons Graubünden die Fremdspracheninitiative mit 82 zu 34 Stimmen für ungültig. Die Mehrheit des Rats versteckte sich hinter fragwürdigen juristischen Argumenten.

Das Vorhaben war gemäss seriöser juristischer Einschätzung nicht zum vornherein aussichtslos und im Umkehrschluss daher nicht offensichtlich rechtswidrig. Daher hätte die Initiative dem Grundsatz „in dubio pro populo“ folgend zwingend vors Volk gehört. Das bestätigen verschiedene Staatsrechtler im Allgemeinen und Prof. Andreas Glaser in Bezug auf die Fremdspracheninitiative im Besonderen. Die Initianten sind überzeugt, dass die Initiative im Grossen Rat nicht an der Rechtswidrigkeit gescheitert ist, sondern an den regionalpolitischen Verhältnissen. Damit wird ein für die Demokratie unabdingbares Grundrecht auf unzulässige Weise eingeschränkt.

Das Initiativkomitee bedauert den Entscheid des Grossen Rats ausserordentlich. Der Entscheid trägt absolut nichts zur Lösungsfindung bei, im Gegenteil, er zementiert die verfehlte Bündner Sprachenpolitik. Im Sinne einer Sofortmassnahme wurde beim Verwaltungsgericht innert der geforderten Frist eine Verfassungsbeschwerde gegen den Entscheid des Grossen Rats eingereicht.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2015/05/verfassungsbeschwerde-eingereicht.html>

Kinder mit Burnout

9-jährig, ausgebrannt

Nina Streeck



Erschöpfung, Antriebslosigkeit, Konzentrationsprobleme:
In der Schule zeigt sich, wenn ein Kind seelisch leidet.
(Bild: Brian Finke / Gallery Stock)

Jetzt klagen auch Kinder über Erschöpfung und Antriebslosigkeit. Ist unser Nachwuchs den Anforderungen in Schule und Freizeit noch gewachsen?

Charlotte schläft schlecht. Oft plagen sie Bauchschmerzen, vor allem morgens und abends. Dann weint sie im Bett. Sie hat Angst. Angst, am nächsten Morgen in die Schule zu gehen. Tag für Tag muss ihre Mutter sie überreden. In der Schule hält die Neunjährige es kaum noch aus und kann sich schlecht konzentrieren. Darum macht sie sich nun auch Sorgen um ihre Noten und hat noch mehr Angst. Obwohl sie immer eine gute Schülerin war.

Von Kindern wie Charlotte erzählt der Hamburger Kinder- und Jugendpsychiater Michael Schulte-Markwort in seinem Buch [«Burnout-Kids. Wie das Prinzip Leistung unsere Kinder überfordert»](#). «Solche Kinder sitzen in grösserer Zahl vor mir», sagt er. Kinder, die über Erschöpfung klagen, die von Niedergeschlagenheit und Antriebslosigkeit berichten, die abends nicht einschlafen können, die sich traurig fühlen, die Kopf- und Bauchschmerzen haben und appetitlos sind, die Probleme mit der Aufmerksamkeit in der Schule bekommen. Seit fünf Jahren begegnen Schulte-Markwort Kinder mit diesen Symptomen. Doch was sollte er davon halten?, fragte er sich lange.

Wer ausbrennt, muss zuvor gebrannt haben. Es ist keine Schande, daran zu erkranken.

Ein Burnout befällt die Leistungswilligen. «Erst habe ich mich innerlich gewehrt gegen das, was sich mir da aufdrängte», sagt er. Er dachte, das könne nicht sein. Das gebe es nur in der Erwachsenenwelt. Aber dann entschloss er sich, die Sache beim Namen zu nennen: «Die Kinder leiden an Burnout.» Was man bisher nur bei Erwachsenen kannte, soll nun also auch Kinder und Jugendliche betreffen. Weil Schulte-Markwort eine Debatte anstossen möchte, hat er sein Buch verfasst: Warum werden die Kinder krank? Welche Verantwortung tragen wir Erwachsenen? Was können wir tun?

Was sich hinter dem schillernden Begriff Burnout verbirgt, ist alles andere als klar. Im vergangenen Jahrzehnt brach unter Erwachsenen eine regelrechte Epidemie aus. Von Jahr zu Jahr meldeten sich mehr Leute krank, weil sie sich ausgebrannt und erschöpft fühlten. In den einschlägigen Diagnose-Manualen lässt sich Burnout als Krankheit allerdings nicht finden. So kursiert seit längerer Zeit der Verdacht, es handele sich um eine erfundene Krankheit, die dem Zeitgeist entspricht und durchaus positive Züge trägt. Denn wer ausbrennt, muss zuvor gebrannt

haben. Es ist keine Schande, daran zu erkranken, im Gegenteil. Ein Burnout befällt die Engagierten und Leistungswilligen. Und jetzt also auch Kinder.



Prinzessin-auf-der-Erbse-Effekt: Die Diagnose Burnout bei Kindern ist umstritten.(Brian Finke / Gallery Stock)

Einer, der Zweifel daran hegt, ist Kinder- und Jugendpsychiater Klaus Schmeck von der Universität Basel. «Man muss nicht mehr Diagnosen erfinden», sagt er, «sondern die, die es gibt, adäquat anwenden.» Was Schulte-Markwort Burnout nennt, würde Schmeck als Depression bezeichnen. Und sie entsprechend behandeln. «Die Diagnose Burnout ist beliebt, weil sie impliziert, jemand habe Grosses geleistet, während bei einer Depression viele denken, das Kind sei schwach.»

Daran ist einerseits etwas Wahres, andererseits führt die Vermutung von Schwäche in die Irre. Wer an einer Depression erkrankt, ist tatsächlich entsprechend konstituiert. So wie manch einer mit einer Veranlagung zu schlechten Zähnen, Migräne oder Allergien zur Welt kommt, sind einige Menschen eher disponiert, im Laufe ihres Lebens eine psychische Krankheit zu entwickeln. Tatsächlich mache die Hälfte von uns eine seelische Störung durch, über ein Fünftel erlebe eine depressive Episode, sagt Schmeck. Bei gut einem Drittel der Erwachsenen in Europa lässt sich innerhalb eines Jahres eine seelische Erkrankung diagnostizieren. In der Schweiz bezeichnete sich in der Gesundheitsbefragung 2012 ein knappes Fünftel als psychisch belastet. Für Kinder und Jugendliche existieren keine entsprechenden Daten.

Statt von Burnout spricht Schmeck lieber von einer «mangelnden Passung zwischen den Fähigkeiten des Kindes und den Anforderungen an es». In der Sache stimmt er seinem Kollegen Schulte-Markwort zu: «Kinder können überfordert sein und in den Zustand der Erschöpfung kommen.» Auch er wünscht sich eine Diskussion über die hohen Erwartungen von Eltern, Lehrern und Gesellschaft an die Kinder.

Denn darin sieht Schulte-Markwort die Ursache dafür, dass so viele erschöpfte Kinder in seiner Ambulanz aufkreuzen. Überall seien die Kinder mit dem «Prinzip Leistung» und einer umfassenden Ökonomisierung des Lebens konfrontiert. Zu Hause erleben sie gestresste Eltern, die bis zum Umfallen arbeiten und den Druck an ihre Kinder weitergeben, indem sie gute Schulnoten verlangen. Der Stundenplan in Schule und Freizeit ist vollgestopft, die Anforderungen in der Schule hoch. Die Kinder und Jugendlichen verinnerlichen das und erwarten von sich selbst, dem zu genügen; sie vergleichen sich miteinander auf Facebook. Es ist ein ganzer Strauss von Stressfaktoren, den Schulte-Markwort identifiziert.

Eine zwiespältige Sache

«Natürlich gibt es überlastete und erschöpfte Kinder», sagt dazu der Sozialwissenschaftler Peter Ruesch von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. «Aber das ist kein medizinisches Problem.» Zwar teilt er mit seinen Kollegen die Einschätzung, dass etwas faul ist,

wenn Kinder über Erschöpfung klagen. Nur findet er es nicht hilfreich, daraus eine neue Krankheitsdiagnose zu stricken und die Lösung des Problems damit Ärzten zu überlassen.

Solche Zuschreibungen kann man als Medikalisierung bezeichnen: Ärzte behandeln, was früher nicht als Krankheit galt, wie Kinderlosigkeit und Stress im Job. Oder sie widmen sich der Verbesserung des Lebens, statt Erkrankungen zu therapieren, saugen Fett ab oder verschreiben Anti-Ageing-Produkte. Für zwiespältig hält das Rüesch mit Blick auf die neue Diagnose Kinder-Burnout: «Einerseits werden die Familien entlastet, wenn klar wird, dass es dem Kind nicht an Leistungsbereitschaft mangelt», sagt Rüesch. «Andererseits bewerten wir ein Verhalten als krank und behandlungsbedürftig, das wir früher vielleicht als schwierig, aber doch noch normal angesehen haben.»

Die Diskussion ist bekannt vom «Zappelphilipp-Syndrom». Seit den 1980er Jahren macht die Diagnose ADHS Karriere. Aber warum? Gab es die Krankheit zuvor nicht? Hat die Pharmaindustrie sie erfunden, um möglichst viel Ritalin zu verticken? Haben wir es mit einer blossen Mode zu tun, die bald wieder verschwindet? Solche Fragen stellen sich auch beim Burnout.

Zwei bis drei Prozent der Kinder leiden an einem Burnout, meint Schulte-Markwort. Bei Erwachsenen scheint die Diagnose bereits rückläufig zu sein, jedenfalls in Deutschland: Die Krankenkasse DAK meldet für das Jahr 2013 ein Drittel weniger Fehltage als 2012 und sieht eine Fortsetzung dieses Trends 2014. Burnout, so scheint es, ist wieder aus der Mode. «Die Zahlen sagen nur etwas über unsere Bereitschaft aus, jemandem eine Diagnose zu stellen», sagt dazu der Frankfurter Soziologe und Psychologe Martin Dornes. «Epidemiologisch lässt sich keine Zunahme psychischer Krankheiten in den letzten 30 Jahren feststellen.»

Dornes hat in seinem umfangreichen Buch «Die Modernisierung der Seele» detailliert untersucht, ob es um Kinder und ihre Eltern heute wirklich so übel bestellt ist, wie die Vielfalt an öffentlichen Klagen vermuten lässt. Sein Fazit: Ganz und gar nicht – eher zeigt sich eine «Konstanterhaltung des psychischen Negativitätsbedarfs». Auf Deutsch: Wir brauchen immer Gründe, um zu jammern. Kinder und Jugendliche von heute haben keineswegs übermässigen Stress, sondern vergleichsweise traumhafte Bedingungen: «Wenn man 1960 in der Schule nicht schreiben konnte, wurde man aussortiert», sagt er. «Heute wird eine Legasthenie diagnostiziert und eine Therapie angesetzt.»

Gefragt ist Gelassenheit

Bei Kindern Burnout zu vermuten, hält er deswegen eher für Alarmismus, der zu einem «Prinzessin-auf-der-Erbse-Effekt» führen kann: Wir klagen über Beschwerden, die wir früher ertragen haben. Das, meint Dornes, hat mit der «wachsenden Penetranz sinkender Restgrössen» zu tun. Geht es uns besser, spüren wir verbleibende Mängel umso schmerzlicher. Doch sieht Dornes das keineswegs nur negativ, sondern auch als Zeichen einer «Zivilisierung und Sensibilisierung». Wir schauen genauer hin, wie es Kindern und Jugendlichen geht, reagieren feinfühlicher auf Auffälligkeiten und scheuen uns weniger, ein Symptom als Krankheit zu betrachten und einer Behandlung zuzuführen. Solange das im Modus der Gelassenheit geschieht, ist Dornes durchaus einverstanden. Wie sein Basler Kollege Schmeck hielte er allerdings lieber an den klassischen Diagnosen fest, statt von Burnout zu sprechen.

Bei Charlotte, der kleinen Patientin von Schulte-Markwort, würde seine Ferndiagnose auf Angstneurose lauten. Einen «marketingstrategischen Schachzug» vermutet er hinter dem

Buchtitel «Burnout-Kids». Was Schulte-Markwort durchaus einräumt: «Der Verlag hat mich dazu gedrängt, weil der Begriff Burnout ein Vehikel sei, eine Diskussion anzustossen», sagt er.

Panel

3%

der Kinder leiden heute an einem Burnout, schätzt der Hamburger Kinder- und Jugendpsychiater Michael Schulte-Markwort. Eine genaue Diagnose existiert nicht; Burnout kommt als Krankheit in den Diagnosemanualen nicht vor.

50%

der Menschen in Europa erkranken schätzungsweise im Laufe ihres Lebens an einer psychischen Störung. Die häufigste Krankheit ist dabei die Depression.

33%

weniger Krankmeldungen wegen Burnout verzeichnete die deutsche Krankenkasse DAK im Jahr 2013. Ein Hinweis darauf, dass die Krankheit allmählich aus der Mode kommt.

<http://www.nzz.ch/nzzas/nzz-am-sonntag/kinder-mit-burnout-9-jaehrig-ausgebrannt-1.18539111>